

Stand: 15.05.2024 09:21:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19293

"Krankenhäuser unbürokratisch entlasten, statt das öffentliche Leben zu beschränken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19293 vom 01.12.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19331 vom 01.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Krankenhäuser unbürokratisch entlasten, statt das öffentliche Leben zu beschränken!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Maßnahmen der Staatsregierung, insbesondere die Lockdowns, Ausgangsbeschränkungen und Impfungen nicht die versprochene Wirkung gezeigt haben und Bayern jetzt unter hohen Krankenhausbelegungen leidet.
2. Der Landtag stellt fest, dass die 3G-, 3G plus-, 2G- und 2G plus-Regelungen der Staatsregierung zu einem Regulierungschaos geführt haben und die heimische Wirtschaft massiv schädigen sowie ungenesene und ungeimpfte Bürger Bayern diskriminiert.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Ihre Möglichkeiten zu nutzen, um Pflegepersonal zu reaktivieren und so die Situation in den Krankenhäusern zu entlasten, wie zum Beispiel:
 - Sport-, Kultur- und Freizeitveranstaltungen mit geeigneteren Hygienekonzepten und höchstens mit einer 3G-Regelung zu öffnen,
 - Gaststätten und Übernachtungsbetriebe mit geeigneteren Hygienekonzepten und höchstens mit einer 3G-Regelung zu öffnen,
 - Körpernahen Dienstleistungen mit geeigneteren Hygienekonzepten und höchstens mit einer 3G-Regelung zu öffnen.

Begründung:

Vor einigen Monaten wechselte die Staatsregierung von der Inzidenz der Testpositiven hin zur Krankenhausampel. Danach wurde es sogar verpasst, die Stufen der Krankenhausampel mit Maßnahmen zu hinterlegen. Dabei zeigte sich auch, dass die Staatsregierung auch weiterhin den Eindruck hinterlässt, als laufe sie der Pandemie hinterher. Durch die Vielzahl kleiner Maßnahmen ist zudem kaum evaluierbar, was wirklich geholfen hat und was nicht. Das nun gezeigte Handeln ist zudem inkonsequent. Die Kliniken ächzen unter der hohen Belegung, aber statt massiv Personal zu rekrutieren, zur Not mit monetären Anreizen, oder Dritte zu bitten, neue Versorgungskapazitäten zu schaffen (wie etwa die Bundeswehr), wird ausschließlich über Lockdowns, Kontaktbeschränkungen oder die Gängelung von Kita-Kindern mit Tests sinniert. Nur indirekte Maßnahmen, deren Effekt auf die Kliniken fraglich bleiben wird. Dazu kommt eine eskalierende Regelungskaskade, die dafür sorgt, dass Menschen plötzlich wieder ausgegrenzt werden. Dies ist zu verurteilen. In einer offenen Gesellschaft muss jeder seinen Platz haben, unabhängig seiner Einstellung oder seines Gesundheitszustandes. Die Zahlen des RKI zeigen zudem konkret auf, wo Hotspots entstehen und wo nicht. Deshalb ist es unverständlich Maßnahmen zu ergreifen, die über diese Erkenntnisse hinausgehen.

Der Landtag fordert deshalb die Staatsregierung auf, alle Bereiche des öffentlichen Lebens die über ein Hygienekonzept verfügen, dass ausreichend ist Infektionen einzudämmen, mit einer 3G-Regelung wieder zu öffnen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/19293

Krankenhäuser unbürokratisch entlasten, statt das öffentliche Leben zu beschränken!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Katharina Schulze

Abg. Andreas Winhart

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Susann Enders

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt schnell handeln: Öffentliches Leben auf das notwendige Maß beschränken, Infektionszahlen senken (Drs. 18/19275)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Krankenhäuser unbürokratisch entlasten, statt das öffentliche Leben zu beschränken! (Drs. 18/19293)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an Frau Kollegin Katharina Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Lage in Bayern ist dramatisch. Es muss dringend gehandelt werden. Jeder Tag, der jetzt noch abgewartet wird, zieht schreckliche Folgen nach sich. Das medizinische Personal in den Krankenhäusern arbeitet am Limit, Operationen werden verschoben. Im Vergleich zur Vorwoche ist die Zahl der Intensivpatientinnen und -patienten in Bayern um 16 % angestiegen. Den Angaben des DIVI-Registers zufolge sind aktuell in Bayern im Durchschnitt pro Standort lediglich noch 1,5 Intensivbetten frei. Ich kann jede und jeden verstehen, der oder die Sorge um seine oder ihre Liebsten hat. Was passiert mit denen, wenn sie einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall haben oder wenn sie selbst ins Krankenhaus müssen?

An dieser Stelle möchte meine Fraktion ein ganz herzliches Dankeschön an die anderen Bundesländer aussprechen, die Patientinnen und Patienten aus Bayern aufnehmen und ihre Krankenhausbetten dafür bereitstellen. Diese Solidarität zu spüren tut gut!

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den letzten sieben Tagen sind im Freistaat laut RKI 77.435 neue Infektionsfälle gemeldet worden. Bei einer Sterberate von 0,8 % wäre wöchentlich mit weiteren rund 619 Toten zu rechnen. Damit, Kolleginnen und Kollegen, möchte ich mich nicht abfinden. Aufgrund der sehr hohen Inzidenzen in Bayern ist davon auszugehen, dass diese Zahlen zeitverzögert weiter steigen, und die neue Virusmutation ist ja auch schon in Bayern angekommen. Aus grüner Sicht muss jetzt endlich konsequent und umfassend gehandelt werden. Bevor ich zu unseren konkreten Vorschlägen komme, lassen Sie mich bitte noch vier Vorbemerkungen machen.

Erstens. Aus grüner Sicht ist die Lage in Bayern so ernst, dass wir das öffentliche Leben erneut wieder herunterfahren müssen.

Zweitens. Da wir im Gegensatz zu der Situation vor einem Jahr jetzt 65 % Geimpfte und andere rechtliche Grundlagen haben, beziehen sich die von uns geforderten Maßnahmen auf den Freistaat Bayern. Das kann die Söder-Regierung noch tun, anstatt zu lamentieren, der Bund hätte ihr angeblich die Hände gebunden.

Drittens ist für uns GRÜNE klar: Die momentane Situation entbindet die geschäftsführende Bundesregierung und die neue Ampel-Regierung jedoch nicht davon, eine einheitliche Antwort auf die hohen Inzidenzwerte und die Überlastung der Krankenhäuser zu geben und Maßnahmen zu ergreifen, damit wir die Kontakte schnell und deutlich reduzieren können.

Viertens möchte meine Fraktion ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir wissen, dass diese erneuten Maßnahmen sehr wehtun, dass nach fast zwei Jahren Pandemie die Kraft und auch die Ressourcen fehlen und dass diese neuen Maßnahmen natürlich auch viele treffen, die sich seit Anfang der Pandemie an alle Regeln gehalten haben, die Abstand halten, die geimpft sind, die geboostert sind und die jetzt wieder in die Röhre schauen werden, weil es leider noch zu viele Unsolidarische gibt. Das tut uns als Fraktion leid.

Ich kann Ihnen versichern: Wir haben es uns mit diesem Dringlichkeitsantrag nicht leicht gemacht. Wir hätten natürlich als Opposition auch sagen können: Na ja, lassen wir halt die Regierung Überbringer der schlechten Nachrichten sein! – Aber wissen Sie was? – Wir sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir sind eine wissenschaftsbasierte und verantwortungsvolle Partei, und da die Situation so dramatisch ist und Markus Söder zu langsam ist, schlagen wir jetzt vor, was wir hier in Bayern machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt noch einmal gemeinsam runterfahren, die Infektionskurve senken, Menschenleben retten und können dann hoffentlich im Frühjahr, wenn wir endlich eine allgemeine Impfpflicht haben, dieser Corona-Katastrophe ein Ende bereiten. Ich bitte Sie: Zeigen wir doch endlich – ich glaube, das ist auch das, was die Gesellschaft erwartet –, dass wir etwas gelernt haben, nämlich dass längeres Abwarten am Ende längeres Zuschließen zur Folge hat. Deswegen sagen wir GRÜNEN, dass es jetzt Folgendes braucht:

Erstens fordern wir eine Verschärfung der Kontaktbeschränkung für ungeimpfte Erwachsene. Wir möchten, dass im Freistaat Bayern in Zukunft nur noch Treffen zwischen Mitgliedern eines Haushaltes mit maximal einer weiteren erwachsenen Person möglich sind; Kinder werden natürlich nicht mitgezählt.

Zweitens wollen wir, dass der Handel endlich für Ungeimpfte geschlossen wird: 2G im Einzelhandel, mit Ausnahme der Grundversorgung, sowie 2G plus im touristischen Beherbergungswesen, in der Gastronomie und bei körpernahen Dienstleistungen.

Drittens – das tut uns besonders weh – fordern wir die Absage aller Sport-, Kultur- und Freizeitveranstaltungen mit Publikum. Ja, das schmerzt. Aber wir müssen Mobilität und Kontakte vermeiden, wo es nur geht. Wir hatten auch mit der Kunst- und Kulturlandwirtschaft intensiv Kontakt. Sie sagen: Die Auslastungsregel mit 25 % ist gerade für kleinere Spielstätten ohnehin nicht rentabel; da ist Runterfahren solidarisch, und es ist zielführender, einen finanziellen Ausgleich zu bekommen.

Viertens ist für uns GRÜNE klar – wir sagen das seit Anfang der Pandemie: Wir Erwachsene müssen diese Last tragen. Wir müssen mehr schultern. Schulen, Kitas, außerschulische Freizeit- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche müssen offen bleiben. Das ist die klare Aufforderung an diese Söder-Regierung: Sorgen Sie dafür, dass diese Einrichtungen sicher sind! Es braucht in ganz Bayern Lolli-PCR-Pool-Tests in den Kitas und dreimal wöchentlich PCR-Pool-Tests in allen Schulen. Diese müssen Sie jetzt bereitstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns treibt natürlich auch die hohe Zahl der infizierten Kinder und Jugendlichen in den Schulen um. Deswegen haben wir folgenden Vorschlag: Wir möchten, dass die Weihnachtsferien schon am 20.12. beginnen. Ehrlich gesagt wäre das dann auch ein Ausgleich für die gestrichenen Faschingsferien, und Herr Minister Piazzolo hatte ja in Aussicht gestellt, dass diese irgendwann einmal nachgeholt würden. Natürlich muss es parallel dazu eine Notbetreuung für die Kinder geben. Wenn dann am 07.01. die Schule wieder losgeht, sollte jede und jeder, die und der in die Schule geht, einen kostenlosen negativen PCR-Test mitbringen, sodass wir die vierte Welle in den Schulen bremsen und abflachen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Woche vor Weihnachten sollte die Regierung zudem eine Aktionswoche ausrufen, unter anderem mit Kinderimpfstraßen in den Impfzentren, wo Eltern niedrigschwellig Beratung und ein Impfangebot bekommen, wenn sie ihr Kind, das über 5 Jahre alt ist, impfen lassen wollen. Das muss jetzt organisiert werden, damit es nicht erneut im Chaos endet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen als GRÜNE: Diese Corona-Pandemie beenden wir nur, wenn wir die Impfquote steigern. Ich bin einfach froh, dass sich die

neue Ampel-Regierung auf den Weg macht, wohl eine allgemeine Impfpflicht einzuführen. Ich erwarte, dass die Vorbereitungen jetzt schon beginnen, damit, wenn die allgemeine Impfpflicht eingeführt wird, nicht wieder alle wie der Ochs vorm Berg dastehen, damit nicht wieder nicht genügend Impfstoff da ist; niemand kann dann impfen, und es gibt ein großes Kuddelmuddel, was wir leider in den letzten eineinhalb Jahren mehrfach erleben mussten. Darum gilt es, jetzt die Vorbereitungen zu treffen.

Darüber hinaus kann man auch ohne eine allgemeine Impfpflicht als Freistaat Bayern noch mehr tun. Wir GRÜNE möchten, dass alle Bürgerinnen und Bürger ab 12 Jahren mit einem Impftermin angeschrieben werden, dass die Impfzentren, die mobilen Impfbusse und die Impfkampagnen hochgefahren werden, dass das Boostern in den Alten- und Pflegeheimen intensiviert wird und dass endlich auch Apothekerinnen und Apotheker, prinzipiell alle Ärztinnen und Ärzte und die Notfallsanitäterinnen und -sanitäter in Zukunft impfen dürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen uns jetzt gut beim Thema Corona. Als GRÜNE sind wir weiterhin konstruktiv kritisch. Wir tragen mit, was sinnvoll ist, und legen eigene Vorschläge vor, wo wir noch Verbesserungen benötigen. Wir werden das so lange machen, bis dieses Pandemiemanagement endlich funktioniert und die Regierung auch ihre Hausaufgaben macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Was legen die GRÜNEN uns da für ein Pamphlet voller Vorschriften und Schlaumeiereien vor? – Wenn man das einmal durchliest, sieht man, dass es einfach ein Auszug von dem ist, was bei den GRÜNEN immer erzählt wird.

Frau Schulz, ich hätte schon einmal eine Frage, bevor Sie wieder davonlaufen. Was sagt denn eigentlich die linke Kulturszene dazu, dass sie denen jetzt endgültig den Hahn abdrehen wollen? Was sagen eigentlich die Friseure und alle Erbringer von körpernahen Dienstleistungen dazu, dass Sie auch zu diesen und deren Lebensrealitäten anscheinend keinen Zugang haben und dass Sie zu den Totengräbern für deren Branchen werden?

(Zuruf)

Was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, dass Sie hier flächendeckende Kontaktbeschränkungen wünschen?

(Zuruf)

– Davonlaufen bringt einfach nichts. Ich sage es trotzdem. – Das ist Regulierungswahn in Reinform, meine Damen und Herren. Was wir auch noch feststellen müssen, ist Ihr ambivalentes Verhältnis zu Kindern. Sie versuchen hier jetzt wieder, unsere Jüngsten mit Testwahnsinn und Bildungsentzug zu quälen. Es wäre doch gut, wenn die Kinder endlich mal wieder normal in die Schulen gehen könnten.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, was wir hier erleben, ist symptomatisch in diesen Zeiten. Was passiert nämlich jeden Tag? – Jeder meint, er muss sich wieder einmal in der Presse sehen. Jeder meint, er muss den anderen noch einmal übertreffen und sich irgendwie über Corona-Themen profilieren. Der eine fordert 3G, der andere 3G plus, dann 2G plus, dann 2G plus mit PCR, Ausgangssperre, Kontaktsperre. Dann fängt einer auf einmal mit der Impfpflicht für Berufsgruppen an; der Nächste muss das steigern und fordert die Impfpflicht für alle. Einer sagt: Wir müssen noch boostern. – Der Nächste sagt: Wir müssen erst die Omikron-Variante boostern. – Und so weiter und so weiter.

Zusätzlich haben wir hier noch einen Wettbewerb im Übersteigern der Horrorszenarien. Meine Damen und Herren, die gute Nachricht des Tages ist, dass die Inzidenzen, wenn Sie die aktuellen Zahlen verfolgen, beispielsweise in Rosenheim und anderen Hotspots, aktuell sinken. Das heißt, wir brauchen hier überhaupt nicht über weitere Verschärfungen der Maßnahmen zu diskutieren.

Deswegen haben wir dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auch einen Dringlichkeitsantrag gegenübergestellt; denn wir sind schon der Meinung, dass Menschen beispielsweise ab und zu mal einen Friseur besuchen können sollten; das gehört zur eigenen Würde und zur Körperpflege. Das ist völlig unabhängig davon, ob diese Menschen geimpft, genesen oder getestet oder was auch immer sind.

Ich sage Ihnen auch ganz offen und ehrlich: Wir wollen spezifische Regelungen. Wir sind schon die ganze Zeit über die Partei der Eigenverantwortung und der Freiheit. Wir wollen spezifische Regelungen für Sport, Kultur und Freizeitveranstaltungen, wo möglich, nach einem individuellen Hygienekonzept. Wir wollen individuelle Regelungen statt Gleichmacherei. Hier unterscheiden wir uns fundamental. Wir wollen Freiheit und Eigenverantwortung statt grünem Regulierungswahn.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Beate Merk von der CSU-Fraktion.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich das anhört, fragt man sich, was das soll. Wir sind am Limit – ja. Wir haben eine dramatische Situation – ja. Aber wenn man davon spricht, Frau Schulze – die jetzt leider nicht anwesend ist –, dass hier abgewartet wird und man sich mehr oder weniger zurücklehnt, muss ich feststellen: Der Duktus der GRÜNEN ist komplett falsch!

(Beifall bei der CSU)

Sehen Sie sich an, wie sich die Infektionszahlen momentan darstellen. Sehen Sie sich die Inzidenzwerte an. Sie sind viel zu hoch! Natürlich sind sie viel zu hoch, aber sie sinken langsam.

(Zurufe)

Das heißt, es wird etwas getan, was vernünftig ist und was unsere Staatsregierung auf den Weg bringt. Das Leben in Bayern herunterfahren – ja. Das muss man sicherlich bis zu einem gewissen Grade tun. Aber das, was Sie, die GRÜNEN, fordern, wird von der Bayerischen Staatsregierung längst getan. Vielleicht haben Sie gestern keine Nachrichten gehört, aber vieles von dem, was Sie geäußert haben, hat unser Ministerpräsident gestern sehr, sehr deutlich gesagt. Dem Vorwurf, der Ministerpräsident sei zu langsam, halte ich entgegen: Er spricht zwar nicht so schnell wie Frau Schulze, aber, mein Gott, das ist, glaube ich, nicht so schlimm,

(Zuruf)

weil man ihm dann manchmal auch besser folgen und ihn besser verstehen kann. Ich sage Ihnen eines: Wir haben die Themen 2G und 2G plus. Wir wissen auch, wo wir 2G und 2G plus fordern können, ohne unsere Gesellschaft völlig zu zerstören. Es ist richtig, jetzt diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, auch entsprechend aus bestimmten Bereichen herauszuhalten. Das ist so; denn diese sind die Pandemietreiber. Das wissen wir. Das sagen uns alle Fachleute. Aus diesem Grund wird hier mit 2G und 2G plus auch eine klare Grenze gesetzt.

(Zuruf)

Ich bin auch der Meinung, es ist extrem wichtig, diese Grenze überall sehr stark zu kontrollieren und zu sehen, dass in den Gastwirtschaften tatsächlich nach dem Impfpass gefragt und der Personalausweis hinzugeholt wird, damit man weiß, wer hier vor einem steht und ob er dort essen darf oder nicht. Ich bin voll und ganz bei Ihnen, wenn Sie feststellen, die Erwachsenen müssten diese Lasten schultern. Das ist richtig.

Deswegen meine ich: Zuallererst steht das Impfen für die Erwachsenen an oberster Stelle. Wir müssen auf diesem Weg noch mehr erreichen, und wir tun im Moment alles, um dies zu schaffen. Das Wesentliche ist, dass sich die Menschen endlich dazu bereit erklären, zum Impfen zu gehen. Mir ist es ehrlich gesagt egal, ob Sie dies nur tun, weil sie wegen 2G und 2G plus sonst nicht mehr ins Fitnesscenter gehen können. Hauptsache, sie lassen sich impfen; denn Impfen ist – hier kann man sagen, was man will – die einzige Möglichkeit, um mit dieser Pandemie irgendwann zurechtzukommen. Impfen heißt erste und zweite Impfung, und Impfen bedeutet für Menschen wie mich auch die dritte Impfung, um auch wirklich alles zu tun, damit uns diese Krankheit, falls sie uns doch erwischen sollte, nicht ausradiert. Mit diesem Thema müssen wir uns momentan befassen.

Natürlich ist es wichtig, den Kindern erste Priorität zu geben. Ich weiß noch, wie oft wir hier im Hohen Haus insistiert haben, die Kinder müssen in die Schulen und in die Kitas gehen können. Na klar! Aber was tun wir, wenn sämtliche Labore in unseren Zentren und Metropolen überlastet sind? – Dann müssen wir mit den Kommunen sprechen, damit wir auch die regionalen Labore hinzugewinnen können und damit wir das Thema Lolli-PCR-Tests in den Kitas und Schulen gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg bringen. Das tun wir. Daran arbeiten wir im Moment.

Ich denke, die Verantwortung muss man im Moment überall tragen. Jetzt die Weihnachtsferien zu verlängern, ist eine höchst problematische Angelegenheit, weil wir mit dem Thema Notbetreuung letztlich natürlich trotzdem die Situation haben werden, dass die Schulen voll sind, wir mit dieser Notbetreuung immer an Bord sein müssen und dadurch gar nichts gewinnen können. Ich meine aber, wir müssen es den Eltern erleichtern, wenn sie – was viele tun und wofür ich sehr dankbar bin – klug handeln wollen und sagen: Wenn die Großeltern kommen und vielleicht auch schwerer erkrankte Menschen an Weihnachten bei uns zu Hause zu Gast sein wollen, möchten wir unser Kind vielleicht schon 48 Stunden zuvor zu Hause haben, damit wir einen Test durchführen können, der aussagekräftig ist, und wissen, dass wir zusammen fei-

ern können. Dies können wir unterstützen. Hierzu haben wir alle Möglichkeiten. Aber jetzt mit einem Aktionismus loszulegen, alles auf den Weg zu bringen und zu beschließen, wir müssten jetzt unbedingt alle unsere Kinder impfen – dazu muss ich Ihnen sagen, für mich ist dies ebenso schwierig wie die Tatsache, dass unsere Fußballstadien vor Kurzem noch voll waren. Danke an den Ministerpräsidenten, dass er hier Klarheit gesprochen hat. Für die Menschen, die momentan in den Krankenhäusern große Leistungen erbringen und oftmals machtlos dastehen, wenn ihre Patienten einfach wegsterben und sie nichts mehr tun können, ist es besonders schlimm zu sehen, wenn Zigtausende Menschen in Stadien johlen und grölen.

(Beifall bei der CSU)

Hier gebe ich Ihnen vollkommen recht: Das muss jetzt im Moment aufhören. Wir haben noch drei Spieltage. Das müssen wir schaffen.

Also: Es gibt eine ganze Menge Dinge, die wir tun. Die Maßnahmen, die Sie von uns gefordert haben, ergreifen wir allemal. Deswegen möchte ich klar sagen: Arbeiten wir zusammen, und kämpfen wir nicht gegeneinander! Ich habe mir die Diskussion über das Impfen von Kindern sowie die Konzepte und Angebote vorhin angesehen und gehört, dass unser Minister sehr ruhig und klar erklärt hat, was tatsächlich Sache ist und dass es Angebote geben wird. Er geht auf die Eltern zu und holt sie auch ab. Von vielen Eltern weiß ich, dass sie hierbei größte Bedenken haben und dass man ihnen Zeit und Erklärungen geben muss, dass es für ein Kind gut sein kann, geimpft zu sein. Deswegen meine ich: Tun wir dies alles mit Vernunft und Augenmaß, aber nicht langweilig – verstehen Sie mich bitte nicht falsch –, sondern mit aller Kraft und Schnelligkeit, die wir haben. So regiert auch unsere Staatsregierung. Darüber bin ich froh, und darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN haben ihren Antrag mit dem Titel versehen, öffentliches Leben auf das notwendige Maß zu beschränken. Ganz ehrlich: Dies ist eine sehr unglückliche Formulierung. Was soll das heißen, öffentliches Leben auf das notwendige Maß zu beschränken? Was soll das sein? Wer maßt sich das an? Das Parlament und der Staat entscheiden allenfalls über das Maß des notwendigen allgemeinen Gesundheitsschutzes und müssen genau begründen, welche einzelnen Maßnahmen hierfür nötig und wirksam sind. Kontaktbeschränkungen und Einschränkungen müssen mit der Notlage begründet sein und dürfen keine Dauerlösung sein. Im Antrag fehlt jegliche Befristung. Dies ist ein echtes Manko. Es fehlt nicht nur eine zeitliche Begrenzung, es fehlt auch die Definition von Zielen, die zu erreichen sind, damit die Maßnahmen danach auch wieder aufgehoben werden können und müssen. Auch fehlt jede örtliche Option.

Es gibt aber unterschiedliche Zahlen, Belastungssituationen und Impfquoten im Land. Es gibt Regionen, in denen die Inzidenzen jetzt sogar wieder anhaltend sinken. Der künftige Bundeskanzler Olaf Scholz hat eine dauerhafte Länderöffnungsklausel in Aussicht gestellt, um regionale Maßnahmen und Lockdowns, zur Not auch mit Schließungen und Ausgangssperren, zu ermöglichen. Bayern hat es damit so wie bisher auch weiterhin in der Hand. Vor allem geht es dabei aber um einen De-facto-Lockdown für Ungeimpfte.

Dieser Antrag geht allerdings eher in die Richtung eines Lockdowns für alle, egal ob geimpft oder ungeimpft. Das ist schon etwas anderes. Wir haben die günstigen Effekte von 2G gesehen. Manche Menschen haben sich doch noch impfen lassen. Das wird dann wegfallen. Sämtliche Sport-, Kultur- und Freizeitveranstaltungen komplett in einen Topf zu werfen, ist sehr einfach und – ganz ehrlich – auch zu einfach. An dieser Stelle verlangen wir mehr Sorgfalt, auch wenn wir uns manchmal an den Maßnahmen der Staatsregierung abarbeiten und unsere Vorschläge einbringen. An dieser Sorgfalt fehlt es jedoch an einigen Stellen. Das gilt beispielsweise für die Kontaktbeschränkun-

gen für Ungeimpfte. Darin kommen nur Erwachsene vor. Kinder bis zwölf Jahre werden ausgenommen. Die Zwölf- bis Achtzehnjährigen fehlen schlicht. Es fehlt auch an Regelungen im Rahmen des Sorge- und Umgangsrechts.

Zwar gefällt uns eine Aktionswoche "Kinderimpfung" gut, jedoch ist es noch völlig unklar, ob es die Ferienwoche vor den Weihnachtsferien geben wird. Wir können nur hoffen, dass die Impfungen dann auch tatsächlich richtig vorbereitet werden. Das haben wir bereits beim Dringlichkeitsantrag der CSU angemahnt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Pult wird wieder gereinigt. Ich danke unseren Offiziantinnen und Offizianten dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Die nächste Rednerin ist Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Waldmann ist bereits auf den Titel des Dringlichkeitsantrags "Jetzt schnell handeln: Öffentliches Leben auf das notwendige Maß beschränken, Infektionszahlen senken" eingegangen. Lassen Sie mich darauf eingehen, wie Infektionszahlen gesenkt werden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Ihr Antrag ist schon bemerkenswert. Sie fordern, die Infektionszahlen zu senken. Das ist nicht schlecht. Das tun wir alle ganz aktiv seit zwei Jahren. Seitdem Corona bei uns aufgetreten ist, ist das ständig unser Ziel. Selbstverständlich unternehmen die Regierungsfractionen und die Bayerische Staatsregierung alles dafür, genau dieses Ziel zu erreichen. Übrigens sinken die Zahlen seit Wochenbeginn. Sie wiederholen im Antrag das, was die Bayerische Staatsregierung bereits in weiten Teilen ausführt. Damit suggerieren Sie, dass die Landesregierung diese Aufgaben nicht angeht und nicht erfüllt. Hören Sie auf, mit Corona Parteipolitik zu machen. Schauen Sie lieber, dass Sie im

Bund Ihre gesundheitspolitischen Hausaufgaben erledigen; denn zwischen Forderung und finanzierbarer Umsetzung klaffen bei Ihnen oftmals riesige Lücken, nicht nur im Gesundheitsbereich.

Nun komme ich zur Sachlage. Wir haben in Bayern zur Eindämmung des Coronavirus längst Schutzmaßnahmen getroffen – so gut wie möglich, nach bestem Wissen und Gewissen. Trotz koalitionsinterner unterschiedlicher Meinungen haben wir immer einen gemeinsamen Weg gefunden. Glauben Sie mir, das ist nicht einfach. Das öffentliche Leben ist eingeschränkt. Für weite Teile herrscht 2G und 2G plus. Große Veranstaltungen fallen aus oder finden ohne Zuschauer statt. Wir wollen Schulen und Kitas offenhalten, um den Kindern Bildung und Miteinander zu ermöglichen. Das ist in der Vergangenheit zu kurz gekommen. Dafür beschränken wir Kontakte im privaten und öffentlichen Bereich, solange die Infektionszahlen so hoch sind. Die Belastung der Krankenhäuser und die Auslastung der Labore zwingt uns zu diesem Vorgehen. Erheben Sie Ihre Forderungen nicht im Bayerischen Landtag, sondern im Bundestag. Den Antrag der GRÜNEN und den Nachzieher der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner steht schon Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer bereit von der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der Freien Demokraten Deutschlands. Herr Spitzer, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Der Schritt zu den FREIEN WÄHLERN ist doch noch ein etwas größer. Ich fühle mich bei meiner Fraktion sehr wohl und bleibe dort natürlich auch.

(Beifall bei der FDP)

Aber jetzt komme ich zum Thema. Die Situation ist ernst. Allein gestern gab es 12.400 Neuinfektionen allein in Bayern. Die 7-Tage-Inzidenz liegt aktuell bei 589,3 in Bayern. Die Personen, die jetzt erkrankt sind, werden perspektivisch in zwei Wochen

in den Intensivstationen bzw. in den Krankenhäusern aufschlagen. Vor diesem Hintergrund kann man nicht von einer Entspannung der aktuellen Situation sprechen. Ich bitte, das entsprechend zu beachten.

In den letzten 24 Stunden sind allein 121 Menschen mit oder an COVID-19 gestorben. Erfreulich ist, dass die Ampelkoalition den Ländern einen Instrumentenkasten zur Pandemiebekämpfung zur Verfügung gestellt hat. Dieser sollte von uns allen entsprechend der aktuellen Situation auch genutzt werden. Konsens besteht darin, dass Kontakte reduziert werden müssen. Ebenso müssen durch mehr und bessere Tests in Schulen und Kitas Infektionsketten unterbrochen werden.

Darüber hinaus fordern wir, die PCR-Pool-Testung auf weitere Schularten auszuweiten und vor allem auch den Lehrern zu ermöglichen. Außerdem sollen vorübergehend auch geimpfte und genesene Schülerinnen und Schüler getestet werden. Leidtragende der Pandemie dürfen nicht wieder unsere Kinder sein. Ihnen die Normalität wieder zu nehmen, halte ich für den absolut falschen Weg. Eine Verlängerung der Weihnachtsferien kommt Schulschließungen gleich und muss unbedingt vermieden werden. Deswegen können wir Ihrem Antrag, sehr geehrte Fraktion der GRÜNEN, nicht zustimmen.

Die Aktionswoche "Kinderimpfung" ist eine nette Idee. Die Aktion sollte sich aber meiner Ansicht nach nicht nur über eine Woche erstrecken, sondern über mehrere Wochen angeboten und vor allem beworben werden. Wichtig sind niedrigschwellige Angebote für Eltern und Kinder. Da uns das Wohl unserer Kinder am Herzen liegt, haben wir einen eigenen Dringlichkeitsantrag eingebracht, den mein Kollege Matthias Fischbach im Anschluss vorstellen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/19275 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/19293 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.